



PRESSEMITTEILUNG

Ein Neustart in der Wohnungspolitik dringend notwendig

Der neue Senat muss sich klar zum Bauen bekennen

Berlin, 04.11.2021. „Die Berliner Landespolitik muss sich nach fünf Jahren verfehlter Wohnungspolitik klar zum Bauen bekennen. Unsere Stadt benötigt dringend bezahlbaren Wohnraum, eine moderne und zukunftsfähige Infrastruktur, aber auch stabile Rahmenbedingungen für die regionale Wirtschaft. Die Koalitionäre stehen nun in der Verantwortung, kostenrealistische Politikansätze zu formulieren und umzusetzen“, erklärt Dr. Manja Schreiner, Hauptgeschäftsführerin der Fachgemeinschaft Bau, anlässlich der heutigen konstituierenden Sitzung im Abgeordnetenhaus von Berlin.

Angesichts der immensen Herausforderungen in den Bereichen Digitalisierung, Klimaschutz und nachhaltiges Bauen muss auch hier eine hohe Investitionsquote der öffentlichen Hand in der neuen Legislaturperiode sichergestellt werden. Nur so können die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit sowie die Standortattraktivität der Metropolregion gewährleistet werden.

„Um die Herausforderung des akuten Wohnmangels in der Stadt anzugehen, müssen Baukostensenkung, Baubeschleunigung und -vereinfachung höchste Priorität für den neuen Senat haben. Er muss dafür sorgen, dass zusätzliche Kostentreiber wie komplizierte und langwierige Planungs-, Genehmigungs- und Vergabeverfahren abgeschafft werden. Wir begrüßen die im Sondierungspapier formulierte Absicht, ein Wohnungsbündnis mit der privaten und öffentlichen Wohnungswirtschaft zu gründen, in welchem die regionale Baubranche vertreten sein muss“, fordert Dr. Manja Schreiner.

Die Fachgemeinschaft Bau Berlin und Brandenburg e.V. vertritt die Interessen der mittelständischen Bauwirtschaft in Berlin und Brandenburg. Sie betreut rund 900 Betriebe und ist damit der größte Bauarbeitgeber- und Bauwirtschaftsverband in der Region. Weitere Informationen unter www.fg-bau.de.

Pressesprecher:
Thomas Herrschelmann
Tel.: 030 / 86 00 04-57 | Mobil: 0151 / 422 670 76
E-Mail: herrschelmann@fg-bau.de